

Danziger Zeitung.



Nr 9471.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwitzs Regasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Th. 50 J. — Auswärts 5 Th. — Inserate, pro Seite 20 J., nehmen an: in Berlin: G. Albrecht, L. Kettner und A. M. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haeselstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Dezbr. Der Reichstag beschloß nach beinahe vierstündiger Debatte mit großer Majorität über die Petitionen wegen Beibehaltung der Eisenzölle zur einfachen Tagessordnung überzugehen. Gegenüber der Rede des Abg. Löwe's für die Beibehaltung der Eisenzölle führte Minister Delbrück aus, daß weder die Lage der Gesetzgebung, noch die jetzigen Verhältnisse der Zollfrage, noch die gemachte Erfahrung eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung rechtfertigen können. Die deutsche Eisenindustrie habe an der Hand der bisherigen Verhältnisse nicht gelitten, sondern sich gehoben. Wir können und wollen die bisher eingeschlagenen Bahnen der Zollpolitik nicht verlassen und werden unsere Handelsinteressen zu wahren wissen. (Lebhafte Beifall).

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 6. Dezbr. Heute hat in der Kohlengrube „Swain Main“ bei Barnsley, einer der größten Gruben im südlichen Yorkshire, eine furchtbare Explosion stattgefunden. Zur Zeit der Katastrophe befanden sich mehr als 300 Grubenarbeiter in der Grube und man fürchtet, daß über 200 derselben um das Leben gekommen sind.

Die neuen Stabsoffiziere.

■ Berlin, 6. Dezbr. Die Budget-Commission des Reichstages hat gestern Abend die Forderung der Regierung, 54 neue Stabsoffizierstellen zur Besetzung von Landwehrbezirks-Commandeurstellen zu begründen, mit allen Stimmen gegen die 2 Stimmen der deutschen Reichspartei (freiconservativ), Dr. Lucius und Fürst Hohenlohe-Langenburg, abgelehnt. Der Vertreter der konfessionellen Partei war nicht anwesend. Da der gesamte Nationalliberale, Fortschrittspartei und Centrum geschlossen gegen die Neuerung stimmten, so hat auch eine Aufnahme des Kampfes im Plenum Seitens der Regierung keine Aussicht. Der Abstimmung ging eine sehr lebhafte Debatte vorher, welche Mittwoch Nachmittag mit einer Rede des Abg. Wehrenpennig begann, der ein längerer Vortrag des Departements-Directors im Kriegsministerium, General v. Voigts-Rhey, folgte. Daraan schlossen sich gestern längere Ausführungen des Abg. Richter (Hager), Graf Ballerstrem, Behrenkemper, v. Benda, Friedrichs, Dr. Lucius und Repliken des Kriegsministers v. Kameke (welcher in diesem Jahr an allen Verhandlungen der Commission über den Militäretat Theil nimmt) und des erwähnten Generals. Viele nicht zur Commission zählende Abgeordnete wohnten den Verhandlungen bei. Es ergab sich aus denselben zunächst, daß die Regierung beachtigt, von den vorhandenen ca. 300 Landwehrbezirks-Commandeuren nach und nach etwa die Hälfte mit aktiven Stabsoffizieren zu besetzen. Es würde danach also auf jedes Infanterie-Regiment ein neuer (excl. Commandeur der fünfte) Stabsoffizier kommen. Man nahm an, daß derselbe, nachdem er 3-4 Jahre ein Bataillon geführt, etwa eben so lange beim Bezirks-Commando verbleiben würde, bevor er an die Reihe komme ein Regiment-commando zu erhalten. Die Opposition nahm gerade heraus Veranlassung die Stellung als Durchgangsposten zu charakterisieren und die Verschlechterung des Erfahrungswesens, welche sich durch mangelndes Interesse und mangelnde Personalkenntnis dieser Bezirks-commandeure ergeben, ausführlich darzulegen. Noch schlimmere Folgen würden sich im Falle der Mobilmachung ergeben. Die Regierung bemerkte dagegen, daß der Major erst „nachdem die Stube ausgeräumt“ mit dem Landwehrbataillon ab-

marschieren würde. Aus den Erfahrungen der letzten Mobilmachung aber wurde dargelegt, daß auch nach diesem Abmarsch große und wichtige Aufgaben den Bezirkscommandos verblieben. Darauf entgegnete man, wie doch „das Bureau“ zurückbleibe. Dasselbe besteht aber bekanntlich, da die Mobilmachung auch den Adjutanten fortnimmt, nur aus Schreibern. Gegen die Behauptung der Regierung, auch die activen Offiziere hätten sich als Bezirkscommandeure bei der Mobilmachung von 1859 bewährt, berief man sich auf ein entgegenstehendes, in den Verhandlungen der Budget-commission von 1861 niedergelegtes Zeugniß des Ministers v. Noon. Die Militärverwaltung hob sodann die Vortheile hervor, welche es habe, wenn ein Major diejenigen Landwehr in's Feld führe, welche er als Bezirkscommandeur kennen gelernt habe. Seitens der Commission wurde aber die Möglichkeit bestritten, gerade diejenigen Landwehrbataillone zu mobilisieren, in deren Bezirken sich active Offiziere befänden. Man werde die letzteren unabhängig vom Bataillon z. B. auch als Regiment-commandeur verwenden müssen. Den bei weitem interessantesten Theil der Verhandlungen bildete „der dunne Hintergrund“, die Schilderung der Fortschritte des französischen Heereswesens, insbesondere die Erwähnung der im Frühjahr vielversprochenen Errichtung von 144 neuen Bataillonen in Frankreich von Seiten der Militär-verwaltung. Die Börsen würden gejittert haben, wenn dieser Theil der Verhandlungen öffentlich geführt worden wäre. Die Clerikalen beriefen sich dabei ironisch auf den Widerspruch solcher Ausführungen mit den Friedensversicherungen der Thronrede und sprachen von dem Werth eines „zufriedenen Volkes“ und guter Allianzen. Für den unbefangenen Zuhörer aber bewies General von Voigts-Rhey mit dieser Schilderung für den vorliegenden Gegenstand zu viel und eben darum garnicht. Steht es so schlimm, sind die Gefahren so groß, so führt man übereinstimmend von fortgeschrittenen und national-liberalen Seite aus, so bedeuten 50 Stabsoffiziere mehr oder weniger garnicht. Die Regierung müßte das Behnische verlangen, man würde sich für einen alle wirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten außer Acht lassen den Verzweiflungskampf organisieren müssen. Man wies sodann aber auch an der Hand amtlicher Nachrichten des Nächsten nach, wie die Franzosen zur Errichtung der neuen Bataillone gekommen, wie diese Errichtung mit keiner Erhöhung des Bataillondandes, dagegen mit einer Verminderung der Compagniezahl (4 statt bisher 6 Compagnien pro Bataillon) verbunden gewesen sei. Überhaupt ist die französische Compagnie und somit auch das französische Bataillon nicht dasselbe wie eine deutsche Compagnie und ein deutsches Bataillon. Man müsse neben dem anscheinenden Vorsprung auch die Schwächen der französischen Einrichtungen in das Auge fassen. Die jährliche Aushebung ist in Frankreich bei Auferbetrachtlassung der nur während 6 Monaten ausgebildeten sog. deutsme portion um ein Drittel schwächer als die deutsche. Die Einführung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen stöhnt auf Hindernisse; damit fehlt auch das Reserve- und Landwehrfiziercorps in der Hauptfazie. Die Territorialalarme steht wesentlich noch auf dem Papier und kann mit der deutschen Landwehr nicht verglichen werden. Andererseits ist die Richtung Deutschlands seit 1870 erheblich gewachsen und wächst mit jedem Jahr in dem Maße, wie die Gesamtorganisation sich in allen Theilen des Reiches auf eine größere Zahl von Jahrgängen ausdehnt. Überhaupt entscheidet im letzten Grunde nicht die Zahl, sondern die Tüchtigkeit, die gesammte Volkskraft. Der General von Voigts-Rhey erwiderte,

dass er die Vorzüge der deutschen Einrichtungen nicht hervorgehoben, weil die Militärverwaltung sich nicht selbst rühmen wolle. Die näheren Einzelheiten über die 144 franz. Bataillone habe er als bekannt vorausgetragen und darum nicht angeführt.

Die überaus sachlichen Verhandlungen der Commission dehnten sich auch auf die Frage einer Vermehrung der Stabsoffiziere aus, unabhängig von dem „dunnen Hintergrund“ und der Verwendung der neuen Offiziere bei den Bezirkscommandos. Den Einwand, daß man zur Führung der mobilen Landwehrbataillone bereits einen überzähligen Major bei jedem Linieregiment besitzt, begegnete die Militärverwaltung mit der Bemerkung, daß man auch für die Erstbataillone active Offiziere haben müsse. Dass sich aber, wie behauptet wurde, die zur Disposition gestellten Offiziere hiezu durchweg nicht eigneten, vermochte man in der Commission nicht anzuerkennen. Wenn verabschiedete Offiziere, wie behauptet wurde, das Mausergewehr nicht kannten, so möge man dieselben doch damit bekannt machen, sie überhaupt in nähere Verbbindung mit den Truppen erhalten. Lebriegen lasse sich die Zahl der in der Bataillonsführung gelübten aktiven Offiziere auch schon vermehren ohne Vermehrung der Majorbepaletten. Man solle doch anstatt den jüngsten, den ältesten Stabsoffizier des Regiments als „etatsmäßigen“ führen, dem jüngsten sogleich ein Bataillon geben und die zeitweilige Vertretung von Bataillonsführern dem ältesten Hauptmann übertragen, diesen wieder vom ältesten Premierlieutenant vertreten lassen u. s. w. Die beabsichtigte Vermehrung der Majors führt ohnedies eine thatächliche Vermehrung des Offiziercorps nicht herbei, da es schon jetzt nicht möglich ist, sämmtliche Lieutenantstellen zu besetzen.

schaftsregister, mindestens in ihren Strafbestimmungen, befrüchten wird, weil dieselbe nicht den Erfordernissen einer Regierungsverordnung im Sinne der §§ 66 und 72 des Genossenschaftsgesetzes entspreche? Endlich, was gedenkt die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der bez. Bestimmungen des genannten Reichsgesetzes und Sicherung der Ausführung derselben in den deutschen Einzelstaaten, besonders im Königreich Preußen, zu thun?

N. Berlin, 6. Dezember. Die Hilfsklassencommission beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen mit der zweiten Lesung des Hilfsklassengesetzes. In § 3, welcher vorschreibt, worüber das Statut der Kasse Bestimmung treffen muß, wurde die in der ersten Lesung beschlossene Nr. 9: „über die Grundätze, nach welchen die Jahresrechnung aufzustellen und die Art und Weise, wie sie zu prüfen ist“, auf Antrag Weber (Coburg) dahin abgeändert, daß sie einfach heißt: „über die Aufstellung und Prüfung der Jahresrechnung“. In § 4 wurde auf Antrag Mousfang-Rickert die Bestimmung hinzugefügt, daß der Bescheid der Verwaltungsbehörde über Gewährung oder Verzugung der Zulassung der Kasse innerhalb 6 Wochen zu ertheilen ist; ferner auf Antrag Oppenheim, daß die Namen und Vorstände der Kasen in ein Register eingetragen werden sollen. § 6 verursachte auch diesmal wieder eine lange Debatte. In der ersten Lesung war das 2. Alinea der Regierungsvorlage, lautend: „Den Mitgliedern darf die Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nicht zur Bedingung gestellt, sowie die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“ Jetzt wurde schließlich der Antrag Oppenheim angenommen, nach welchem das Alinea nunmehr lautet: „Den Mitgliedern darf die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“ In § 7 wurde die Regierungsvorlage in dem Sinne wieder hergestellt, daß die Möglichkeit einer dreizehnjährigen Carenzzeit statt einer sechsjährigen festgestellt würde. In § 14, welcher nach dem Beschuß der ersten Lesung eine Ermäßigung der Beiträge oder eine Erhöhung der Unterstützungen bei Zwangskassen der Genehmigung der Gemeindebehörde unterwarf, wurde auf Antrag Jacobi in Wiederherstellung der Regierungsvorlage statt „Gemeindebehörde“ „Aufsichtsbehörde“ geetzt. Zu § 17 wurde folgender Zusatz des Abg. Hähnel angenommen: „Zur Legitimation des Vorstandes bei dem das Hypothekenwesen betreffenden und allen Geschäften, welche beglaubigte Acte erfordern, genügt das Zeugniß der Gemeindebehörde, daß die darin bezeichneten Personen derselben als Vorsteher der Kasse vorschriftmäßig angemeldet sind.“ Ebenfalls angenommen wurde der von demselben Abgeordneten beantragte § 17a: „Die Befugnis des Vorstandes, die Kasse nach Außen zu vertreten, wird durch die in den Statuten enthaltene Vollmacht bestimmt. Durch die innerhalb der Grenzen dieser Vollmacht im Namen der Hilfsklasse vom Vorstand abgeschlossenen Geschäfte wird die Hilfsklasse verpflichtet und berechtigt.“ Die Commission ist bis zu § 26 gelangt; den Rest der Vorlage hofft sie in einer Sitzung bewältigen zu können.

Deutschland.

■ Berlin, 6. Dezbr. Es bestätigt sich, daß die Frage wegen Veröffentlichung der Protokolle des Bundesrates in dem letzteren zur Anregung gekommen ist, doch gewinnt es den Anschein, als ob der Absicht Schwierigkeiten entgegengestellt wären und das bisherige Verhältnis eine Änderung vorläufig nicht erfahren möchte. Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspartei gehörte, ist durch den Abg. Schmidt (Stettin) folgender Antrag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu erufen, eine neue Bestimmung über das mit dem kommenden Jahre jetzt zusammenfallende Staatsjahr dadurch herbeizuführen, daß letzteres mit dem 1. April jeden Jahres beginnt und mit dem 31. März endet.“ — Der Abg. Schulze-Delitzsch wird demnächst eine Interpellation einbringen mit folgenden Anfragen: „Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten, daß Seitens der Gruppe, welche früher zur Fortschrittspart

welchem sich die Kassen den Vorschriften des Hilfs- fassengesetzes conformen müssen, wenn sie das Recht, den gegenwärtigen Hilfskassen im Sinne des § 14a gleichgeachtet zu werden, über diesen Termine hinaus behalten wollen.)

* Wie gestern bereits gemeldet ist, hat der Bundesrat den wichtigen Beschluss gefasst, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Art. 15 des Münzgesetzes vorzulegen durch den der Bundesrat ermächtigt werden soll, zu einer von denselben näher zu bestimmenden Zeit die noch umlaufenden Einthaleralmünzen für Scheidemünze zu erklären, so daß sie unter die Bestimmungen des Art. 9 des Münzgesetzes fallen, welcher lautet: „Niemand ist verpflichtet, Reichs- silbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark und Nibel- und Kupfermünzen im Betrage von mehr als einer Mark in Zahlung zu nehmen. Von den Reichs- und Landeskassen werden Reichs- silbermünzen zu jedem Betrage in Zahlung ge- verlangt.“ Derselbe wird zugleich die näheren Bedingungen des Umtausches festlegen. Die Zweithaleralmünze sollen sofort außer Gours ge- setzt werden. Mit dem Beschluss des Bundesrats wird also der Weg eingeschlagen, den bereits der Abg. Bamberger in seiner Schrift „Das Reichsgold“ bringend empfohlen hat. In dem Schlusssatz derselben sagt der Verfasser: „Die Au- courcierung der Ein- und Zweithaleralmünze ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Esst wenn sie verhindert wird, und das Silber nicht mehr als gleichberechtigtes Geld neben dem Gold umläuft, erst dann ist Sinn und Absicht des Gesetzes in Erfüllung gegangen. Aber nach der Vorschrift des Gesetzes (Art. 4) soll auch silberne Scheidemünze im Beträglitz von 10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung angefertigt werden. Das Bedürfnis ist mit dieser Begrenzung auf etwa 400 Millionen Mark gewiß nicht zu hoch veranschlagt. Dem gegenüber ist es Thatache, daß heute erst 130 Millionen Mark in solchen silbernen Scheide- münzen ausgespielt sind. Wäre der Grundgedanke des Münzgesetzes so auszulegen, daß die Goldwährung bei sonstiger Ausführbarkeit nicht eher in's Leben trete, als bis ihr das nötige und vorge- sehene Quantum von Reichs- und Kupfermünzen zur Seite stünde, so müßten wir das Ende der Prägearbeit abwarten und darüber noch Jahr und Tag verstreichen sehen. Allein der Geist des Gesetzes selbst wie die ihm vorangegangenen Erörterungen weisen auf eine Lösung anderer Art hin. Für die alten Thalermünzen soll nämlich eine Periode eintreten, in welcher sie nicht mehr die ebenbürtigen Genossen der Reichs- und Kupfermünzen, aber dennoch nicht sammeln und sonders eingezogen sein werden. In diesem Zwischenstadium sollen sie als silberne Scheide- münze aussehen, bis die neuen Stücke in genügender Zahl hergestellt sein werden. Damit wird nicht nur ein unter diesem Gesichtspunkt ganz unbegründeter Aufschub erwartet, sondern es wird auch der Möglichkeit geboten, dem für die erste Zeit wahrscheinlich mehr als 400 Millionen Mark Hilfsmünzen beanspruchenden Verkehr ein Geld zu liefern, welches zwar nicht als gleichberechtigt mit dem Gold auseinander steht, aber bei wechselseitigem Belieben neben denselben gebraucht werden kann, und zwar so, daß die Reinheit und Wirk- samkeit der Goldwährung nicht geschädigt wird. Um auf diesem abgekürzten und vorsichtigen Wege in die reine Goldwährung einzutreten, bedarf es keines neuen Gesetzes, nicht der leisesten Aenderung des bestehenden dem Worte oder dem Geiste nach. Der Bundes- rat, welcher nach Art. 8 befugt ist, die Thaler außer Gours zu sehen, ist nach den einfachsten Rechtsregeln auch befugt, sie um einen Grad in ihren Funktionen herabzusetzen, nach dem alten Spruch: wer das Plus kann, kann das Minus. Auch die Vorschrift des Art. 4 wird damit nicht verletzt, denn er bestimmt die Maximalgrenze von 400 Millionen nur für die neu auszuprägende Reichs- und Kupfermünze, nicht für den aus alten und neuen Silbermünzen zusammengesetzten Bestand. Endlich würde die fundamentale Einrichtung, in welcher die reine Goldwährung ruht, selbstredend, wie bei den neuen Reichs- und Kupfermünzen, so bei den ihnen assimilierten alten Thalern in Geltung treten müssen, d. h. gemäß Art. 9 des Münzgesetzes wäre Niemand verpflichtet, Thaler im Betrage von mehr als 20 Mark in Zahlung zu nehmen, und die Reichskasse wäre verpflichtet, jeden ihr in Thalermünzen angebotenen Betrag von 200 Mark gegen Gold um-

zuwechseln. Nur ob sie die Folgen dieser lehren Verpflichtung in einem gegebenen Zeitpunkte auf sich nehmen kann, hätte dann die Reichsregierung noch mit sich auszumachen.“

— Über die geschäftliche Behandlung in Worms und schäftsachen hat der Ges. Ober- Justiz- und vortragende Rath im Justiz-Ministerium, Kurlbaum II., eine Zusammenstellung ver- öffentlicht, woraus hervorgeht, daß die bereits mit Einzelheiten besetzten Gerichte, Friedens-, Amts- gerichts-, Gerichtscommissionen durch § 1 der neuen Wormschafts-Ordnung nicht eine neue Qualität erhalten, vielmehr nur ihre Funktion für alle Wormschafts-Angelegenheiten bestimmt ist. Außerdem werde sich dies dadurch zu erkennen geben, daß diese Gerichte auch in Wormschaftsachen die von ihnen ausgehenden Urkunden in gewöhnlicher Weise zeichnen werden.

* Den der französischen Nationalversammlung vorliegenden Rechnungen zufolge belaufen sich die Kosten der deutschen Occupation vom Abschluß des Frankfurter Friedens bis zur gänzlichen Räumung des Landes auf 227 Mill. Frs.

— S. M. Schiff „Luise“ ist am 22. November c. auf Funchal-Rhede (Madeira) eingetroffen und am 24. d. J. nach Rio de Janeiro weiter ge- gangen. Am Bord Alles wohl.

— Dem Herrn Thomas Carlyle, Chelsea, London, wurde heute von hier folgendes Telegramm zugesandt: „Dem tapferen Vorkämpfer germanischer Gedankenfreiheit und Sittenstrenges, dem treuen Freunde unseres Vaterlandes, der durch die Arbeit eines langen, reichen Lebens das herzliche Verständnis zwischen dem englischen und dem deutschen Volke erfolgreich gefördert hat, dem Geschichtsschreiber Oliver Cromwell's und Friedrich's des Großen, senden zu seinem achtzigsten Geburtstage dankbaren Gruß und warmen Glückwunsch: Leopold v. Ranke, Joh. Gustav Droysen, Rudolf Gneist, Heinrich Marquardsen, Theodor Mommsen, Reinhold Pauli, Freiherr v. Stauffenberg, Heinrich v. Sybel, Heinrich v. Treitschke, Georg Waitz.“

— Im 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlbezirk ist an Stelle des zum Kreisgerichts-Direktor berufenen bisherigen Abgeordneten Bong-Schmidt der Kaufmann Theodor Steinke in Altona mit 77 gegen 48 Stimmen, welche der Kreisrichter Reiche in Kiel erhalten hat, zum Mitglied des Hauses der Abgeordneten gewählt worden.

Rassel, 6. Dez. Wie erwähnt, ist gegen den Bischof Ketteler von Mainz wegen angeordneter Hilfslieferung, bzw. Stellvertretung in der zum Regierungsbezirk Wiesbaden gehörigen Pfarrei Rödelheim das Strafverfahren (§§ 1, 2 und 22 des Gesetzes vom 11. Mai 1873) eingeleitet worden. Es ist dies der erste Fall, daß der Mainzer Prälat mit der von ihm bei den Fuldaer Konferenzen so heftig bekämpften Moigelegierung in Conflicti gerath. — Landgraf Friedrich von Hessen, unser ehemaliger präsumiver Thronerbe, bat sich erhaltener Einladung zufolge heute nach Springe zu den Hofjagden beigegeben. Zwischen der kaiserlichen Familie und dem ihr bekanntlich nahe verwandten Landgrafen besteht das beste Einvernehmen.

Oesterreich-Ungarn

Bek. 4. Dezbr. Ein gegen das Handelsblüdin agitierendes Comité erläßt ein Circulaire, um eine die Regierung und das Parlament beeinflussende Demonstration zu Gunsten eines selbstständigen ungarischen Zollgebietes anzuregen. Nach Anführung der belannten Gründe für die Trennung des gemeinsamen Zollgebietes wird versichert, daß es der Agitation fernliege, das zwischen Ungarn und Oesterreich bestehende staatsrechtliche Band zu lockern. Die Befolgung schußdolmischer Zwecke wird abgelehnt. Ebenso wenig sollen zur Verdrängung der österreichischen Fabrikate führende Prinzipien des unbedingten Freihandels zur Anwendung gelangen. Die publizistischen Organe für die Agitation sind Naplo und Nemzeti Hirlap.

Frankreich.

XX Paris, 5. Dezbr. In Versailles hat man sich gestern vorzüglich mit der Auflösung beschäftigt. In der öffentlichen Sitzung wurde mit geringem Eifer über die Eisenbahnvorlagen und über die Umgestaltung eines Artikels des Rekrutierungsgesetzes debattiert, aber das Tagesereignis war die Konferenz der Auflösungs-Commission mit den Ministern Buffet und Dufaure. Beide Minister zeigten sich völlig bereit, auf die Wünsche der Commission einzugehen; Buffet insbesondere war der Meinung, daß die von mehreren Deputirten vorgeschlagenen Termine für die künftigen Wahlen eher zu weit hinaus als zu nahe gerückt seien; er nimmt dieselben aber an. Es scheint ihm passend, die Wahl der Senatswahlmänner am 9. Januar,

diejenige der Senatoren am 23. Januar, die Wahl der Deputirten am 13. oder 20. Februar vorzunehmen und den Zusammentritt der beiden künftigen Kammer etwa auf den 7. März festzusetzen. Was die Senatorwahl in der Kammer angeht, so ist darüber natürlich nicht durch ein Gesetz zu entscheiden, sondern das bleibt eine einfache Frage der Tagesordnung, und dasselbe gilt von dem Zeitpunkt, in welchem die jetzige Versammlung auseinandergehen will. Dabei zähle man nun auf, was die Kammer noch zu thun hat. Buffet sagte, daß die Regierung nicht auf die Erledigung des Gesetzes über die Militärverwaltung besteht. Das Wichtigste war der Commission, zu erfahren, ob die Minister an dem Preßgesetz festhalten; aber darüber gab Buffet nur ausweichenden Bescheid; die Versammlung möge bestimmen. (Man kann aus dieser Erklärung entnehmen, daß Buffet und Dufaure entschlossen sind, aus dieser Angelegenheit keine Cabinettsfrage zu machen. Die Republikaner verlieren also wieder eine Gelegenheit, Buffet aus dem Ministerium zu drängen, und die einzige Gelegenheit, die ihnen übrig blieb. Der Vicepräsident des Conseils wird bis zum Schlusse der Session sein Portefeuille nicht wieder auf Spiel setzen und er wird während der allgemeinen Wahlen am Amt bleiben. Uebrigens hat Mac Mahon die feste Absicht ausgesprochen, daß jetzt Cabaret nicht zu entlassen, auch wenn es in der Kammer noch eine Niederlage erleiden sollte.) Nach den obigen Erklärungen zogen Buffet und Dufaure sich zurück. Die Commission ernannte Paris zum Berichterstatter und erschien in der öffentlichen Sitzung, wo sie den Antrag stellte, am nächsten Donnerstag mit dem Wahl der 75 Senatorn zu beginnen. Der Vorschlag wurde fast einstimmig angenommen. Da aber voraussichtlich diese Wahl eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen wird, beschloß man, jeden Tag nur zwei Stunden, von halb zwei bis halb vier, auf sie zu verwenden, nachher aber den Rest der Tagesordnung abzuarbeiten. Wie die Dinge stehen, ist diese Vorschlagsmäßigkeit sehr gerechtfertigt; denn die Hoffnung, daß sich vor der Wahl eine anständige Mehrheit für irgend eine Candidatenliste sichern lasse, ist ja jetzt gut wie aufgegeben. — Die Suezfrage liefert den Pariser Blättern noch ausgiebigen Stoff zu zahlreichen Artikeln. Die „Republique française“ sieht in den soeben veröffentlichten diplomatischen Actenstück den Beweis für die Unfähigkeit der französischen Diplomatie. „Es ist uns zuleinlich, sagt sie, zu erfahren, daß die Vertreter Frankreichs die hochmütige und ganz unpassende Sprache Lord Derby's hören konnten, ohne zu protestieren. Das England ein Geschäft auf unsere Kosten gemacht hat, ist gar zu schändlich. Der Antrag wurde unterstützt und beifällig besprochen. Am Ende aber wurde „aus Zweckmäßigkeitsrücksicht“ seine Zurückhaltung angerathen und auch erlangt. Mit dem Gedanken derselben erklärten sich die Sprecher indeß alle einverstanden. Man sieht also, die Bewegung im Suez weiter matrosenfüllender Gesetzesgebung ist selbst den Herren Schiffseigentümern bereit und mächtig geworden. Durch Widerstand würden sie vermutlich nur das Parlament zu weniger schönungsvoller Behandlung der vorliegenden Frage anreizen. — Graf Castellano und Signor Rossi haben so eben in der Grafschaft Lincolnshire eine edle Zuchtspurde für die italienische Regierung angekauft.

Türkei.

London, 6. Dezbr. Der Unter-Staatssekretär Head hat seinen Abschied verlangt wegen Meinungsverschiedenheit. — Die Ernennung Cave's zum Finanzratshauptmann des Khedive wird andauernd als ein Fehler bezeichnet, da seine Stellung als Mitglied der Regierung legtere für den Erfolg seiner Thätigkeit direct mit verantwortlich macht. Der Khedive ließ durch Vertraute vorher um die Ernennung Lowe's bitten. Israeli schlug es aber ab. — Lord Derby hat den Antislavery-Verein um Abschriften des Berichts aus Afrika ersucht, die nach Meinung des Vereins feststellen, daß der Khedive beabsichtige, Abyssinien zu erobern. — Der Ingenieur-Oberst Stof's geht alsbald im Antrage der Regierung nach Ägypten, wie verlautet, in Angelegenheiten des Suezcanals.

Hier tagte gestern eine zahlreich besuchte Versammlung einflußreicher Schiffseigentümer, einberufen durch die General Shippers Society, zur Besprechung der Lage ihres Schiffszweiges gegenüber der beschrankten Thätigkeit des Handelsamtes. Es wurde über verschiedene wirkliche oder angebliche Missstände gellagt. Mehrere derselben sind gewiß Thatache, wie z. B. die Langsamkeit des Handelsamtes bei Ausfertigung der Schiffspapiere. Es wurde ein Antrag gestellt, welcher in spöttischer Weise auf das Nachgeben der Regierung und des Parlaments gegenüber einer sensationellen Bewegung anspielt und gegen die damit geschehene Opferung bedeutender Handelsinteressen behufs Beseitigung einer politischen Verlegenheit Verwahrung einlegt. Da seit 1849 bereits 41 verschiedene Gesetze zur Beherrschung und Regelung der Handelsfahrt der Gesetzesammlung eingefügt worden sind, so bezeichnet der Antrag eine neue Gesetzgebung als unnötig, wo nicht gar schändlich. Der Antrag wurde unterstützt und beifällig besprochen. Am Ende aber wurde „aus Zweckmäßigkeitsrücksicht“ seine Zurückhaltung angerathen und auch erlangt. Mit dem Gedanken derselben erklärten sich die Sprecher indeß alle einverstanden. Man sieht also, die Bewegung im Suez weiter matrosenfüllender Gesetzesgebung ist selbst den Herren Schiffseigentümern bereit und mächtig geworden. Durch Widerstand würden sie vermutlich nur das Parlament zu weniger schönungsvoller Behandlung der vorliegenden Frage anreizen. — Graf Castellano und Signor Rossi haben so eben in der Grafschaft Lincolnshire eine edle Zuchtspurde für die italienische Regierung angekauft.

Italien.

Nom, 2. Dezbr. Heute Vormittag wurde in der Kirche Sta. Maria in Transpontina ein von dem Papst angeordnetes feierliches Todtentamt für das Seelenheil des verstorbenen Herzogs von Modena gelesen. — Im Palazzo Madama fand gestern Nachmittag die schon lange vorbereitete Sitzung des hohen Senatsgerichts statt zur Entscheidung in der Anklagesache gegen den Senator Herzog von Cattaneo. Die ganze Sitzung ging inbessern mit der Lesung des Commissionsberichtes und der Prüfung des vom königlichen General-Procurator formulierten Gutachtens hin, so daß erst in der heutigen Sitzung der Präsident die Fragen wird stellen können, über welche die Diskussion eröffnet werden soll. — Ueber die Einzelheiten der Uebernahme des norditalienischen Eisenbahnbetriebes durch die Regierung circulieren annoch die widersprechendsten Ge-

gel an tüchtigen Kräften mehr Grund zur Klage bieten. Die „Hugenotten“ wechseln noch immer mit „Faust“ oder mit „Hamlet“ in dieser oder jener Besetzung, aber immer mit Stimmen, die mehr der Ruhe bedürfen, als der Anstrengung gewachsen sind. Faust ist zwar noch immer ein großer Meister des Gesangs, und die Carvalho zeiht von ihrer trefflichen Schule; aber mit der Zeit gewinnt die Stimme nicht an Silberklang, und wenn man auch die Kunst bewundert, die Gabe der Jugend bringt sie nicht wieder. Die Comédie Française scheint ebenfalls ihre Gesamtkraft auf später, noch trübere Tage und längere Abende aufzuheben. Ein neues Drama von Dumas: „Die Fremde“, wird als Hochgenuss aufgewahrt. Da hat denn der jüngere, wenn auch nicht mehr junge Dumas direct den Weg in den obersten Kunstsgerichtshof gefunden, und die Richter waren so entzückt, daß sie ihn trotz seines Schnupfens beinahe umarmt hätten. Der flinke Offenbach mit seiner lustigen Muse hat nicht weniger als drei Operetten mit Einmal losgelassen, von denen allerdings nur eine einzige, „Die Reise in den Mond“, durchgriff, somit früher „Die Reise um die Welt in 80 Tagen“ das Theater Porte St. Martin gefüllt hat. Die Galets hat diesmal das Glück, aus dem in Musi gesetzten und scenirten Roman Verne's Kapitel zu schlagen, und weder der legitimistische noch der orleanistische Adel verschmäht es, zu kommen und zu sehen, wie man durch die große Kanone in den Mond gelangt. Die Prinzen den Weg versperrt. Das Abenteuerliche zieht; die Feerie hat immer Glück gemacht, und die Naturwissenschaft, fehnhaft umgestaltet, hat das große Publikum gewonnen, vom Prinzen bis zum Arbeiter hinab. Minder glücklich waren die beiden anderen Werke Offenbach's, „La boulangère à des écus“ und „La Crème“.

Sind es diese Operetten oder ist es die Operette überhaupt, an welcher das Publikum keinen Gefallen mehr findet? In literarischen Kreisen hat gegen dieses Gemisch von Oper und Vaudeville eine Agitation begonnen, an deren Spitze Franz Sarcey steht, und Sarcey ist zur Zeit einer unserer tüchtigen Publicisten auf dem Gebiete der Theaterkritik klassisch geschult, philosophisch durchgebildet, hat er doch wieder auf jene Bahn zurückgeführt, von der sie durch das leichte Federwerk der Klatschliteratur abgelenkt worden war; Facultäts-Professor und vom Katherer verdrängt, weil ihn weder die Frommen noch die Servilen zu den Ihrigen zählten, griff er zur Feder und bekämpft da in der Dramaturgie die frivole Richtung, im Erziehungswesen und in der Politik das Pfaffenhum. Hier ist er der Anti-Bouillot, dort der Anti-„Figaro“. Sarcey aber hat nachgerade das verfürchtete Drama wieder zu Ehren gebracht und die dramatischen Matinenen angeregt. Die meisten Theater geben nun auch am Sonntag Nachmittags Vorstellungen für vorzüglich ältere Stücke auf und ermagieren dabei die Preise. Die Repertoire, die neuen Zugstücke bleiben für den Abend; der ehrsame Bürger aber, der es vorzieht, nach dem Diner mit seiner Familie am traulichen Feuer daheim zu bleiben, kann am Nachmittage für mäßiges Geld die Werke älteren Datums sehen, welche an innerem Gehalte jedenfalls den neueren nichts nachgeben,

und da nach und nach alle neuen Stücke alt werden, wird den Autoren dadurch der Trost, daß sie nicht ganz in die Kumpelkammer wandern. Sehr häufig sind diese dramatischen Vorstellungen mit dramatischen Vorlesungen verbunden, und Sarcey ist einer der eifrigsten Vorleiter, der gewöhnlich mit dem Worte für das agitiert, was er mit der Feder anzeigt. Die Theater machen dabei gute Geschäfte, und die Einnahmen am Nachmittag übersteigen nicht selten jene des Abends. Nachgerade nehmen deshalb alle Schaupielhäuser diese Gewohnheit an, und bis dahin verhindert die Eisenbahnbetriebe durch die Regierung circulieren annoch die widersprechendsten Ge-

seinen Othello und seinen Hamlet bewundert, aber auch seinem Rigoletto unbeschränkten Beifall gezollt, und das will viel sagen. Shakespeare-Darsteller sind sie allerdings überhaupt nicht, aber der Fremde, der in ihren eigenen Stücken ihr Lob erträgt, muß guter Leute Kind sein.

Es hat im November viel zu sehen und zu hören gegeben auf den französischen Bühnen, und ist damit auch viel Lärm gemacht worden, viel Lärm um nichts, denn nur wenige Novitäten konnten sich dauernd erhalten, nur zwei Stücke versprechen festen Boden zu fassen: „Le scandale d'hier“ von Barrière im Vaudeville und „Ferréol“ von Sardou im Gymnase. Sie haben beide das Verdienst, keine Chebruchstücke zu sein, wenn auch immer die Verleistung der ehelichen Treue in beiden eine wichtige Rolle spielt, ja die Möglichkeit der Bewegung des Ganzen gibt. Beide dichten an der Spur die Devise tragen: „Der Schein trügt, das Herz allein sagt wahr.“ Barrière's Comédie ist weniger an dramatischen Motiven und in einzelnen Momenten sogar schwärflich, jene Sardou's ist besser angelegt, und der Effect wird durch lyrische Elemente gehoben, aber der Stoff ist nicht Original, ist zwei älteren Romanen entnommen; die Stücke packen, und Ferréol hat in Worms einen Darsteller gefunden, der seinesgleichen sucht, und die Pierlon, die auf dem Gymnase in's Vaudeville übergegangen, hat Barrière's Stück in ein höheres Relief zu sehen verstanden.

Paris arbeitet und lebt, arbeitet doppelt, denn Neujahr rückt heran, lebt froh trotz Türkenkrieg und Peruana-Baffe. Herr Lyon Say hat davon die Beweise in den Händen. Paris zahlt. (N. fr. Pr.)

seinen Anhängern und den Montenegrinern ein Co. seit ausgebrochen ist. — Gestern versuchten 200 Aufständische, sich einer in der Nähe von Trenbis zu befindlichen Viehherde zu bemächtigen, wurden jedoch mit Verlust zurückgeschlagen.

Danzig, 8. Dezember.

* Nach einem aus Meran eingetroffenen Telegramm ist gestern dagegen der Geh. Oberregierungsrath Richard Hoene gestorben. Hr. Hoene hat, nachdem er seine ehrenvolle Laufbahn im Staatsdienste aufgegeben, bereitwillig und vielfach seine Kräfte und sein umfangreiches Wissen seiner Vaterstadt zur Verfügung gestellt, was dieselbe ihm dankbar gedenkt wird. Er gehörte seit 10 Jahren unserem Magistrat an und hat den Danziger Wahlkreis wiederholt im preußischen Landtag vertreten, wo er sich der nationalliberalen Partei angeschlossen hatte. Hr. Hoene war hier selbst am 25. October 1812 geboren, hatte also eben sein 63. Lebensjahr vollendet.

* [Stadtverordneten-Sitzung vom 7. Dez.] Vorsitzender: Herr Commerzienrath Bischoff. Der Magistrat ist durch die Hh. Stadträthe Meckbach, Strauß und Hirsch vertreten. Vor der Tagesordnung steht der Hr. Vorsitzende mit, daß nach heute hier aus Meran eingetroffener Nachricht der Geheime Oberregierungsrath Hr. Hoene dort verstorben sei. Herr Bischoff widmet dem Dabingeschiedenen, der sich große Verdienste um die Stadt während seiner zehnjährigen Thätigkeit als Mitglied des Magistrats erworben hat, ehrbare Worte der vollen Anerkennung und die Versammlung gibt ihre Zustimmung durch Erheben von den Plätzen fund. — Herr Stibbe bringt hierauf die Calamität zur Sprache, welche durch Absperrung der Wasserleitung in letzter Zeit entstanden war und wünscht, daß künftig der Magistrat für raschere Abhilfe und ausreichende Publicirung sorge. Zugleich rügt er, daß Schnellleute auf dem Stadthofe für Verabreichung von Wasser aus dem Grundbrunnen Geld abgenommen hätten. Hr. Stadtrath Meckbach weist nach, daß Seitens des Magistrats nichts verabsäumt wurde, um den Schaden an der Leitung zu beseitigen, daß aber unvorherzuhaltende Hindernisse sich in dem Weg gestellt hätten, welche die Arbeit verzögerten. Auch sei die Publicirung so rasch als möglich geschehen. Die Feuerleute, welche aus dem 47 Fuß tiefen Grundbrunnen Wasser geschöpft und in einzelnen Fällen Gräben angenommen hätten, wären wegen dieser Ungebühr rechtschaffen worden. Hr. Dr. Biwko hält es für zweckmäßig, wenn Magistrat die Frage in Erwägung ziehe, auf welche Weise in ähnlichen Wassersnäthen die Spülung der Closets durch Rabauenhauer bewerkstellt werden kann. Hr. Meckbach erwähnt, daß die Magistratsleute sich bereits mit Lösung dieser Frage beschäftigt und nächstens darüber Näheres mitgetheilt werden könnte.

Als Mitglieder der Commission zur Vorberathung über die eingegangenen Meldungen zu der vacante befehlten Stadtrathstelle werden gewählt die Herren Breitenbach, Damme, Gibione, Berenz, Komplentz Biwko, Martinu, Rabewald, Gronau. Hr. Breitenbach knüpft an eine früher von Hrn. Oberbürgermeister v. Winter gemachte Auskunft an, wonach nicht ein bestimmter Syndicus gewählt werden, sondern ihm die Zuvertheilung der Syndicatsgeschäfte überlassen bleiben solle. Er weist auf die große Wichtigkeit dieses Amtes hin und wünscht, daß der gewählten Commission ausdrücklich der Auftrag gegeben werden solle, die Wahl auf einen Mann zu lenken und diesen zum Vorschlag zu bringen, der für solches Amt geeignet sei. Hr. Damme stimmt der erwähnten Ansicht des Hrn. v. Winter in dieser Sache bei, schlägt aber vor, daß die Commission darüber berathen und Bericht erstatten solle. Hr. Bischoff teilt mit, daß Hr. v. Winter morgen hierzu zurückzukommen gedenkt und am Donnerstag die Commission zusammenrufen will. Er hofft daher, daß am Dienstag bereits Bericht erstattet werden könne. Die Versammlung läßt es hierauf bewenden, daß die oben genannten Herren die vorberathende Commission bilden und seiner Zeit Vorschläge machen. — Magistrat teilt mit, daß er dem Beschlusse der Stadtverordneten, dem Hrn. Regierungsrath Pfeiffer bei Niederlegung seines Amtes als Syndicus das Prädikat eines "Stadtältesten" zu ertheilen, gerne beigetreten ist. Die auf Ernennung des Hrn. Pfeiffer zum Ehrenmitgliede des Magistrats resp. zum unbefoldeten Stadtrath gerichteten Anträge zieht der Magistrat, einem Wunsche des Hrn. Pfeiffer gemäß, zurück. — Die Revision des städtischen Leibamts am 15. Novbr. ergab einen Bestand von 17 000 Stück Pfänder, beziehen mit 189 520 M. gegen 16 507 Stück Pfänder, beziehen mit 184 009 M. am 15. October cr. — Die Direction der Danziger Actienbierbrauerei zu Klein-Hammer hat ein Gesuch eingereicht, die Pfisterung des Brunnhöfers Weges spätestens bis zum nächsten Frühjahr zuordnen zu wollen. Der Magistrat hat dieses Gesuch bereits abgelehnt und die Versammlung findet keine Veranlassung, dieser Ablehnung entgegenzutreten. — Die Verpachtung der Berechtigung zum Halten von Eisbahnen auf den städtischen Gewässern an die Meistbietenden Schramm, Bölk, Kinder, Riepert und Claassen gegen 961 M. Pachtzins wird genehmigt. Hr. Berenz macht den Magistrats-Commissionar darauf aufmerksam, daß der Pächter des Schäfereigewässers von den Bewohnern der dort liegenden Fabryze Gutsfördigung verlange für Benutzung der Eisbahn. Hr. St. drath Strauß wird darüber Rechte, den anstellen lassen und das eigentümliche Verfahren inhibieren. — Gegen die Prolongation des Mietb. contracts mit der Witwe Reimer in Neufahrwasser über das dortige Grundstück Schleusengasse Nr. 9, vom 1. April 1876 ab auf 3 Jahre, gegen 45 M. jährliche Pachtzins, wird nichts eingewendet. — Die Vermuthung des der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen Blakes Karpfensegen No. 16 auf 3 Jahre an den Bordingschiffer Simson gegen 28 M. jährlichen Mietzins wird genehmigt; ebenso die Verpachtung des sog. Kalksandsteinlandes an den Fuhrhalter Rebelski auf 6 Jahre gegen 905 M. jährlichen Pachtzins; — ebenso die Verpachtung der dem Lazareth gehörigen Garten- und Wiesenparzelle zu Ohrn an den bisherigen Pächter Weller auf weitere 12 Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 618 M. — Für Befestigung zweier Treppen an dem Grundstück Hintergasse No. 19 und 21 wird dem Dr. Lohsfeldt kostenfreies Trottoir bewilligt. — Die Befestigung eines Trottoirstückes im Beitrage von 41 M. wird genehmigt. — Der Magistrat wünscht, daß die Verfassung sich damit einverstanden erkläre, die Fluchtlinie für das vor springende Grundstück Fleischergasse No. 43 darunter festzulegen, daß die straßen seitigen Fronten der beiden nachbarlichen Gebäude No. 42 und 44 durch eine gerade Linie verbunden werden. Hr. Damme hält eine bestimmte Declaration des Magistrats für nötig, daß die Herstellung dieser Fluchtlinie erst dann verlangt werden solle, wenn vom Besitzer ein Umbau des betr. Hauses vorgenommen werde. Er will der Verfassung das Bewilligungrecht wahren, das diese Bemerkung im Protokoll gefährt werde. Hr. Stadtrath Hirsch erklärt, daß dies der erste Fall sei, in dem das neue Fluchtliniengesetz vom Magistrat benutzt werde. Der Hr. Besitzer habe bereits einen Bauplaus für dieses Grundstück nachgelegt und der Magistrat wolle rechtzeitig Vorlage treffen, daß das überspringende Terrain seiner Zeit für die Straße benutzt werde. Die Verfassung werde, wenn eine Veränderung des Grundstücks eintreten solle, jedenfalls um ihre Mitwirkung

zum Abschluß der Verhandlungen mit dem Besitzer eracht werden. Hierauf acceptirt die Versammlung die Vorlage. — Nach Berufung auf die dem Grundstück Vorst. Graben Nr. 34 aufstehende Wasserberechtigung wird dem betr. Eigentümer der Wasserreins für das Wasser eine Befreiung der Wasserreins für das Wasser aus der neuen Leitung zum Hausgebrauch auf die 3 ist vom 1. Januar 1876 bis 1. Dezember 1884 auf die Hälfte ermäßigt; — desgleichen dem Eigentümer der Händler Hinzmarkt Nr. 9 und 10. — Die Verkürzung des Grundstücks Schloßgasse Nr. 1b an den Büchsenmacher Riegel für 13 110 M. wird genehmigt. — Die für die Schulgemeinde Bürgerwiesen noch zu leistenden Schulbeiträge werden im Betrage von 233 M. bewilligt; — ebenso 33 M. für Umzugskosten an den Lehrer Hinzmatt.

Estat für das Danziger Stadtmuseum pro 1876. Das Project weist in Einnahme und Ausgabe 8618 M. 60 M. nach. Die Revisions-Commission empfiehlt, das Gemälde „Unterm Aquator“ von Hildebrandt seinem wirklichen Werthe entsprechend gegen Feuergefahr zu vertheidigen. Der Estat wird nach den Anträgen der Commission festgestellt.

Der Serv. Estat pro 1876 wird in Einnahme auf 6 102 M. in Ausgabe auf 53 886 M. festgestellt. Der Arbeitsauss. und Siechenh.-Estat pro 1876 weist in Einnahme nach 3272 M. in Ausgabe 67 501 M. Die Commission empfiehlt 1) die Zahlung einer Befreiung von 1275 M. an den als Aufseher eingetreteten früheren Krankenwärter Poltorak, wie solche im Estat ausgeworfen; 2) wird befürwortet, daß die 2. und 3. Aufseherinstitute um je 60 M. und damit das Durchschnittsgehalt der Aufseherinnen von 610 M. auf 670 M. erhöht werde; 3) hat die Commission bestanden, daß die Remunerations des Anstaltssatzes und des Assistenzsatzes in Fortfall gekommen sind, nachdem die Festsetzung getroffen ist, daß die Oberärzte im Lazareth zugleich die ärztlichen Funktionen beim Arbeits- und Siechenhause zu verleben haben. Hr. Dr. Wallenberg hält es nicht für völkerlich, jetzt schon die Stelle des Assistenzarztes an dieser Anstalt einzugehen zu lassen, wegen des großen Zahls der darin untergebrachten Irren und Wöchnerinnen. Es sei absolute Nothwendigkeit, daß so lange Tobsichtige und Wöchnerinnen in der Anstalt Aufnahme finden, auch ein besonderer Arzt, und zwar einer, der mit Irren umzugehen verstände, ange stellt bleibe. Wenn dieser Arzt nur allein der Irren wegen gehalten werde, so habe die geringe Summe für dessen Gehalt schon die zweckmäßigste Verwendung gefunden. Er stellt den Antrag, daß die bisher für einen Assistenzarzt im Estat ausgeworfenen 1200 M. nicht zu streichen, sondern im Estat zu belassen. Hr. Stadtrath Meckbach erwähnt, daß alle Vorsorge getroffen sei, den Kranken der Anstalt durch die Aerzte des Lazareths die nötige Hilfe angebieten zu lassen, auch sei Irre ein besonders tüchtiger Wärter zur Disposition. Hr. Dr. Hein schließt sich dem Antrage des Hrn. Dr. Wallenberg an; ebenso Hr. Dr. Biwko, der besonders die Nothwendigkeit betont, daß ein Arzt zur Behandlung der Irren gehalten werde, die einer exakten Pflege und Beobachtung bedürfen, um sie wenn es noch möglich, der Besserung resp. Heilung entgegenzuführen. Die Wärter machen sich, nach ihrer Erfahrung, gerade den Irren gegenüber in der Regel ein selbstständiges Urteil an und malträtirten in vielen Fällen die armen Kranken in arger Weise. Es müßt ein verantwortlicher Arzt da sein, der die Kranken im Zustand angemessen zu behandeln verstehe und dem betr. Oberärzte genauen Bericht über den Verlauf der Geburtenfragen erstattet könne. Auch die Syphilisfragen dürften nicht so oberhaupt behandelt werden, wenn man nicht deren Tod herbeiführen oder sie zu lebenslänglichem Siechthum curiren wolle. Wenn der Magistrat sich bemühe, möglichst viele Erspartungen zu machen, so sei dies sehr töricht, aber in diesem Falle wäre Sparmaß übel angebracht und könnte großen Schaden verursachen. Hr. Berenz bemerkt, daß die in der Commission sitzenden zwei Aerzte die Absetzung des 1200 M. für einen Assistenzarzt für zulässig erklärt hätten, da die nothwendige Hilfeleistung durch die Lazarethärzte geleistet werden könne. Hr. Damme will grundsätzlich dem Magistrat niemals die Herausgabe einer Summe zugesimmen, wenn derselbe sie für überflüssig hält. — Bei der Abstimmung über den Antrag des Hrn. Dr. Wallenberg beschließt die Majorität die Beibehaltung des Assistenzarztes und erhöht die Summe der Ausgaben um 1200 M. als Gehalt für denselben. In den Uebrigen stellt die Versammlung den Estat nach den Commissionsanträgen fest.

Estat der Armen- und Arbeitsanstalt Belonken pro 1876. Nach dem Project beträgt die Einnahme 64 450 M., die Ausgabe die gleiche Summe. Der von der Stadt zu leistende Zuschuß beträgt 41 970 M. Der Estat wird hierauf festgestellt.

Estat der Allgemeinen Armenverwaltung pro 1876. Das Project weist in Einnahme nach 101 068 M. in Ausgabe 381 097 M. Von der Einnahme seit der Commission 250 M. ab, genauso wie später die Stadtoberverordnetenbeschlüsse, so daß dieselbe 100 818 M. beträgt. Die Ausgaben für das Lazareth werden einem früheren Beschlusse auf folge um 1800 M. erhöht. Ferner ist der außerordentliche Zusatz für die Armenanstalt Belonken, der nach dem Spezialat 2050 M. weniger als in dem vorliegenden Estat angezeigt beträgt, um diese Summe geringer anzusehen. Hierauf kommt die Gesamttausgabe auf 377 447 M. zu stehen. In Folge der im Estat für das Arbeits- und Siechenhaus in den Ausgaben zugesetzten 1200 M. für einen Assistenzarzt kommt auch im vorliegenden Estat diese Summe in Ansatz und erhöht sich hierauf obige Gesamtsumme der Ausgaben.

Besonderes Interesse erregte die Vorlage des Magistrats, betr. die Verschmelzung der noch vorhandenen Bestände aus der letzten Anleihe mit dem Capitalfonds. Wir theilen aus der Vorlage Folgendes mit: Die aus dem Reichsinvalidenfonds entnommene Anleihe von 12 000 000 Thlr. sollte bekanntlich dienen: 1) zur Tilgung des Restes der Anleihe von 1869 mit 1 274 000 Thlr., 2) zu den Ausgaben für das neue Gasrohr und die Bauten auf der Gasanstalt mit ca. 350 000 Thlr., 3) zu den Restausgaben für Wasserleitung und Canalisation mit 1000 000 Thlr., 4) für Neuflasterung der Stadt mit 200 000 Thlr., 5) zu Schulbauten mit 200 000 Thlr. Es wurde damals (1873) vom Magistrat bemerkt, daß der Capitalfonds nur noch ausreiche, die im Estat pro 1873 angewiesenen Ausgaben, sowie den Rest der Grundstücksförderungen für die Pommersche Bahn und die Einzahlungen auf die Alten der Małwaer Bahn zu leisten. Bei der Verpflichtung des Befreiungsgesetzes der Stadtgemeinde gegen 961 M. Pachtzins wird genehmigt. Hr. Berenz macht den Magistrats-Commissionar darauf aufmerksam, daß der Pächter des Schäfereigewässers von den Bewohnern der dort liegenden Fabryze Gutsfördigung verlange für Benutzung der Eisbahn. Hr. St. drath Strauß wird darüber Rechte, den anstellen lassen und das eigentümliche Verfahren inhibieren.

Gegen die Prolongation des Mietb. contracts mit der Witwe Reimer in Neufahrwasser über das dortige Grundstück Schleusengasse Nr. 9, vom 1. April 1876 ab auf 3 Jahre, gegen 45 M. jährliche Pachtzins, wird nichts eingewendet. — Die Vermuthung des der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen Blakes Karpfensegen No. 16 auf 3 Jahre an den Bordingschiffer Simson gegen 28 M. jährlichen Mietzins wird genehmigt; ebenso die Verpachtung des sog. Kalksandsteinlandes an den Fuhrhalter Rebelski auf 6 Jahre gegen 905 M. jährlichen Pachtzins; — ebenso die Verpachtung der dem Lazareth gehörigen Garten- und Wiesenparzelle zu Ohrn an den bisherigen Pächter Weller auf weitere 12 Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 618 M. — Für Befestigung zweier Treppen an dem Grundstück Hintergasse No. 19 und 21 wird dem Dr. Lohsfeldt kostenfreies Trottoir bewilligt. — Die Befestigung eines Trottoirstückes im Beitrage von 41 M. wird genehmigt. — Der Magistrat wünscht, daß die Verfassung sich damit einverstanden erkläre, die Fluchtlinie für das vor springende Grundstück Fleischergasse No. 43 darunter festzulegen, daß die straßen seitigen Fronten der beiden nachbarlichen Gebäude No. 42 und 44 durch eine gerade Linie verbunden werden. Hr. Damme hält eine bestimmte Declaration des Magistrats für nötig, daß die Herstellung dieser Fluchtlinie erst dann verlangt werden solle, wenn vom Besitzer ein Umbau des betr. Hauses vorgenommen werde. Er will der Verfassung das Bewilligungrecht wahren, das diese Bemerkung im Protokoll gefährt werde. Hr. Stadtrath Hirsch erklärt, daß dies der erste Fall sei, in dem das neue Fluchtliniengesetz vom Magistrat benutzt werde. Der Hr. Besitzer habe bereits einen Bauplaus für dieses Grundstück nachgelegt und der Magistrat wolle rechtzeitig Vorlage treffen, daß das überspringende Terrain seiner Zeit für die Straße benutzt werde. Die Verfassung werde, wenn eine Veränderung des Grundstücks eintreten solle, jedenfalls um ihre Mitwirkung

bauen 533 Thlr. für Quellenanschlußarbeiten 1500 Thlr. in Summa 18 721 Thlr. Gesamtsumme für 1874 und 1875: 74 211 Thlr. — Die unter B auf geführten Ausgaben sind nach der Ansicht des Magistrats solche Ausgaben, die auf den Anleihfonds hätten übernommen werden können, resp. auf denselben noch gelegt werden müssen. (Magistrat legt eine Nachweisung der Ausgaben vor, welche auf der Anleihe geleistet worden sind.) — Der aus der Anleihe verbleibene Ueberschuss von 487 766 Thlr. wurde seiner Zeit in Wertpapieren zinsbar angelegt und bisher als eine Spezialmasse des Capitalfonds abgesondert verwaltet. Der Capitalfonds hat sich durch die großen Ausgaben vermehrt, daß auf denselben fernerhin größere Portionen nicht mehr angewiesen werden können. Die zeitigen Bestände des Capitalfonds bestehen: 1) in Westpreß. Pfandbriefen a 3 1/2 p. zum Nominalwert von 11 300 Thlr., 2) in Staatschuldcschein a 3 1/2 p. 2000 Thlr., 3) in Rentenbriefen a 4 p. 600 Thlr., 4) in Danziger Stadtbörsen a 4 p. 14 050 Thlr., 5) in Hypothecenkapitalien 113 (23 Thlr. zusammen 140 973 Thlr.; außerdem 6) in einer Forderung an das Leibamt von 11 875 Thlr., 7) in den auf das Aktien-Capital der Marienburg-Mlawka Eisenbahn gezahlten 30 p. mit 75 000 Thlr. Davon können nur die unter 1), 2) und 3) aufgeführten Wertpapiere sofort flüssig gemacht werden. Der Erlös für diese Wertpapiere würde jedoch nicht einmal die Summe von 37 000 Thlr. decken, welche der Anleihfonds schon vorschussweise hergegeben hat, um die auf den Capitalfonds angewiesenen Ausgaben leisten zu können. Da hiernach sofort flüssig zu machende Kapitalien nur noch in der Spezialmasse des Capitalfonds (Ueberschuss aus der Anleihe) vorhanden seien, so sei eine Auseinandersetzung beider Fonds nicht mehr anänglich, vielmehr sei es geboten, beide Fonds zu verschmelzen, um das Depositorium in den Stand zu setzen. Den ferneren Zahlungs-Anweisungen folge leisten zu können. In Zukunft würden dann Gelde nur aus dem Capitalfonds zu bewilligen und es würde in jedem einzigen Falle zu bestimmen sein, ob die Amortisation mit 1 p. jährlich erfolgen solle oder nicht. In Beziehung auf die in den Jahren 1874/75 aus dem Capitalfonds geleisteten und nicht mit der Amortisation herangezogenen Ausgaben von 74 211 Thlr. wird, nach Vereinigung beider Fonds, der sich im Westpreß. eine gewisse Verbleibsumme erworben hat. Karl Richard wurde am 21. März 1810 in Oberholz geboren; in seinem 26. Jahr befand er sich bei dem 42. Linienvorregiment in Garnison zu Stralsund, als Prinz Ludwig Bonaparte am 30. October dagegen verhaftet wurde. Wie bekannt, hatte sich dieser Prinz mit einigen seiner Spieghelfern in die Festung Stralsund begeben und dort eine Anrede an die unentstehlichen Truppen gehalten. Da kam der Unteroffizier Richard, packte den Prinzen am Kragen und ließ ihn durch seine Mannschaft in Sicherheit setzen. Für seine patriotische und tüchtige That erhielt der junge Unteroffizier das Kreuz der Ehrenlegion. Aber erst viele Jahre später, nach dem Krimkriege, wurde er zum Hauptmann befördert. Doch muß hier gelastet sein, daß der Kaiser, der ihm jenen Vorgang nachtrug, die Ernennung nie anerkennen wollte."

Berlin, 6. Dezember. Die Brände in Berlin werden so zahlreich, daß die Feuergefahr nachgerade für Berlin zu einer allgemeinen Calamität zu werden droht. Abgesehen von zahlreichen Bränden am Sonnabend ging in der Nacht von Sonntag auf Montag das Gebäude der bedeutenden Fabrik von Südmann und Wiesenthal, Auguststraße 69 (Fabrik von wollenen Shawl's und Stoffen) in Flammen auf.

Das zweite November-Heft von „Unsere Zeit“ enthält: Michelangelo. Zum vierten Centenarius. Von Hubert Janitsch. I. Die dritte Republik in Frankreich. Von H. Bartling. Zweiter Abschnitt. Die Präsidenschaft von Tiers. VI. Das Fürstentum Montenegro. Zur Kenntnis des Landes und Volkes, ihrer Geschichte und Gegenwart. Von Siegfried Kappeler. II. Das Volk. — Ein Franzose im deutschen Milliardenlande. — Chronik der Gegenwart: Todtenhau.

Paris, 3. Dez. Seit einigen Tagen hat der Winter seinen Einzug gehalten. Die Schneeflöden fallen in ganz Frankreich leise und langsam, so langsam, daß in vier Tagen noch kein Zoll der weißen Decke zu Stande gekommen ist. Dabei eine ruhige Kälte von 3—4 Grad. Die Klagen über die Noth des Winters unter den armen Leuten treten weniger lebhaft auf, als im vorigen Jahre; dagegen beschweren sich sämtliche Luxus-Industrien sehr über die Stille der Saale und die werkeln schmückende Rückblende auf die Fleischköpfe der Soirs unter dem Kaiserreich.

Dem „Elb. Journ.“ schreibt man unter dem 27. Nov. aus Colmar: „Es ist in den letzten Tagen in hiesiger Stadt ein Capitän, Herr Karl Richard, gestorben, der sich in Straßburg eine gewisse Verbleibsumme erworben hat. Karl Richard wurde am 21. März

1810 in Oberholz geboren; in seinem 26. Jahr befand er sich bei dem 42. Linienvorregiment in Garnison zu Stralsund, als Prinz Ludwig Bonaparte am 30. October dagegen verhaftet wurde. Wie bekannt, hatte sich dieser Prinz mit einigen seiner Spieghelfern in die Festung Stralsund begeben und dort eine Anrede an die unentstehlichen Truppen gehalten. Da kam der Unteroffizier Richard, packte den Prinzen am Kragen und ließ ihn durch seine Mannschaft in Sicherheit setzen. Für seine patriotische und tüchtige That erhielt der junge Unteroffizier das Kreuz der Ehrenlegion. Aber erst viele Jahre später, nach dem Krimkriege, wurde er zum Hauptmann befördert. Doch muß hier gelastet sein, daß der Kaiser, der ihm jenen Vorgang nachtrug, die Ernennung nie anerkennen wollte.“

Amendungen beim Danziger Standesamt.

7. Dezember.

Geburten: Arb. Heinr. Tullischinski, T. — Drehorgelspieler Giovanni Gottelli, S. — Bahnforsarbeiter Aug. Wilh. Langmeier, S. — Tischlermeister Carl Höder, S. — Maler Job. Jul. Hammann, S. — Arb. Rob. Gust. Lüdke, T. — Zimmerges. Herrn. Heinr. August Bonow, T. — Weißgerbermeister Carl Gust. Neumann, S. — Tischlerg. Alf. Ferd. Kante, S. — Getreideauff. Jul. Sellin, T. — Uebel. Geb.: 1 S. 2 T.

Aufzöge: Feldw. bei Wilh. Ernst Albrecht mit Louise Emilie Gerner. — Schlosserg. Joseph Rudolph Schimanowski mit Auguste Friederike Antoni.

Hirzabote: Arb. Carl August Scherwinski mit Marie Friederike Konstanz. — Sergeant Julius Eisner mit Auguste Wilhelmine Mathilde Bruder. — Kaufm. Robert Albert Gotte mit Hulda Constantia Florentine Gottke, geb. K

Heute Vormittag 8 Uhr verschied
Herrn nach längerem Seiden zu
Meran im 64sten Lebensjahr der
Geheime Oberregierungsrath a. D.,
Mitglied des Abgeordnetenhauses
Rittergutsbesitzer Rich. Hoene.
Mit der Bitte um stillle Theilnahme
zeigen dieses tief betrübt an
die Hinterbliebenen.
Danzig, den 7. December 1875.

Die Beerdigung der Frau Nicoline
Stampe findet Sonnabend den
11. Decbr. Vormittag 10½ Uhr auf dem
neuen St. Johannisfriedhof bei Danzig
statt.
Justizrat Böckh, Boppot.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Schuhmachermeister Franz
Joseph Tauschowitz gehörige, in der
Böttcherstraße hieselbst belegene, im Hypo-
thekenbuch unter No. 38 verzeichnete Grund-
stück, soll

am 11. Februar 1876,

Vormittags 9¾ Uhr,
im Verhandlungszimmer No. 17 im Wege
der Zwangsvollstreckung versteigert und das
Urtheil über die Ertheilung des Bischlags

am 17. Februar 1876,

Vormittags 10 Uhr,
im Verhandlungszimmer No. 20 verkündet
werden.

Es beträgt der jährliche Nutzungswert,
nach welchem das Grundstück zur Gebäude-
steuer veranlagt worden, 234 M.

Der das Grundstück betreffende Aus-
zug aus der Steuervolle und der Hypothe-
kenbuch können im Bureau V. eingesehen
werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder
anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte
der Eintragung in das Hypothekenbuch be-
dürfende, aber nicht eingetragene Realrechte
geltend zu machen haben, werden hierdurch
aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der
Präclusion spätestens im Versteigerungs-
Termine anzumelden.

Danzig, den 26. November 1875.

Kgl. Stadt- u. Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.

Die Erstauordnung vom 28. September er-
bestimmt, daß junge Leute, welche die
wissenschaftliche Qualification für den ein-
jährigen freiwilligen Dienst in der Armee
vor den am Sitz der Regierungs-Behörden
befindlichen Prüfungs-Commission durch
Prüfung nachweisen wollen, sich zu den
zweimal im Jahre und zwar im Frühjahr
und im Herbst stattfindenden Prüfungen
beziehentlich bis zum 1. Februar und 1.
August bei Vermeidung des Ausschlusses
von der Prüfung unter gleichzeitiger An-
gabe derjenigen beiden fremden Sprachen,
in welchen sie geprüft zu werden wünschen
und unter Beifügung eines kurzen selbst
geschriebenen Lebenslaufs schriftlich zu
melden haben. Dieser schriftlichen Meldung
sind beizufügen:

1. ein Geburts-Beugniß,
2. ein Einwilligungs-Aktest des Vaters
oder Vormundes mit der Erklärung
über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit,
den Freiwilligen während einer einjähri-
gen activen Dienstzeit zu belieben,
auszurüsten und zu verspägen.

3. ein Urtheil des Ortspoli-
zeibörde ihres lebensjährigen Aufenthalts.

Jedem wie die Angehörigen aller jungen
Leute, welche sich in neuem Falle befinden,
auf diese Bestimmung aufmerksam machen,
unterlassen wir nicht noch hinzufügen, daß
es sich bei der Auswahl zweier Sprachen
um die Wahl unter der lateinischen, griechi-
schen, französischen und englischen handelt.

Danzig, den 29. November 1875.

**Die Prüfungs-Commission
für einjährige Freiwillige.**

Nothwendige Subhastation.

Das den Papierfabrikant August und
Caroline geb. Wiese-Leichgräber'schen
Eheleuten gehörige, in Budau (Kreis
Garthaus) belegene, im Hypothekenbuch
Blatt 18 verzeichnete Urkundengrundstück, soll

am 31. Januar 1876,

Vormittags 10 Uhr,
in unserem Geschäftshause Zimmer No. 1
verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtumfang der der
Grundstück unterliegenden Flächen des
Grundstücks 30 Hektar 28 Ar 10 □ Meter;
der Reinheitsgrad nach welchem das Grund-
stück zur Grundsteuer veranlagt worden:
42 □ 70 Dez.; der jährliche Nutzungswert,
nach welchem das Grundstück zur Gebäude-
steuer veranlagt worden: 255 M.

Der das Grundstück betreffende Auszug
aus der Steuervolle, begl. Abschrift des
Grundbuchs und andere dasselbe ange-
gebene Nachweisungen können in unserm
Geschäftslöchere Bureau III. eingesehen
werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder
anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte
der Eintragung in das Hypothekenbuch be-
dürfende, aber nicht eingetragene Realrechte
geltend zu machen haben, werden hierdurch
aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der
Präclusion spätestens im Versteigerungs-
Termine anzumelden.

Garthaus, den 1. December 1875.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter. (1674)

Dahmann.

Befanntmachung.

Die auf die Führung des Handels e-
gister bei dem unterzeichneten Gericht sich
bezügenden Geschäfte werden für das Jahr
1876 von dem Herrn Kreis-Sekretär Matthies
und dem Herrn Kreis-Sekretär Matthies
und die auf das Genossenschaftsregister sich
bezügenden durch den Herrn Kreisrichter

Gesetz und Herrn Kreis-Sekretär
Milauowski bearbeitet werden.
Die erforderlichen Bekanntmachungen
sollen durch das Central-Handelsregister,
Beilage des Deutschen Reichs- und Staats-
anzeigers, die Danziger Zeitung, das hiesige
Sekretärblatt und den öffentlichen An-
zeiger der Regierungs-Amtsblatt erfolgen.

Schwes, am 26. November 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Die Lieferung von ca. 211 Tabakmeier
eichener Schiffbauhölzer soll im
Wege der Submission versteigert und das
Urtheil über die Ertheilung des Bischlags

Donnerstag, den 30. Decbr. c.,

Nachmittags 3 Uhr,
in unserm Hauptbüro einreichen.

Die Lieferungsbedingungen sind in un-
serer Registre zur Einsicht ausgelegt
und können von dieser gegen Erstattung der
Copien, event. auch abschriftlich mit-
getheilt werden.

Wilhelmshaven, d. 6. Decbr. 1875.

Kaiserliche Werft.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.



Bom 15. Dezember d. J. ab fallen die
Courierzüge No. 7 und No. 8 zwischen
Stargardt und Danzig aus. Die Schnell-
züge No. 15 und 16 erhalten von diesem
Zeitpunkte ab in Stargardt unmittelbaren
Anschluß an die Berlin-Stargardter
Courierzüge. Die hierdurch bedingten Aender-
ungen unseres Fahrplanes ergeben die-
nen, vom 15. Dezember er. ab gültigen
Placazefahrpläne, welche vom 5. Dezember c.
ab auf allen unseren Bahnhöfen aushängen,
auch bei allen unseren Bilettoffices zum
Preise von 10 Pfennigen pro Stück zu
haben sein werden.

Die wesentlichen Aenderungen, welche
in den Abfahrtzeiten eintreten werden und
auf welche wir besonders aufmerksam
machen, ergeben sich aus den nachfolgenden
Angaben:

Schnellzug No. 15: von Danzig 6½ fr.
von Stolp 9½ Bm., in Stargardt 2½

Nachm.,
Courierzug No. 7: von Stargardt 2½
Nachm., von Stettin 3½ Nachm., in
Berlin 5½ Nachm.

Courierzug No. 8: von Berlin 8½
Bom., von Stettin 11½ Bom., in
Stargardt 12½ Mitt.

Schnellzug No. 16: von Stargardt 12½
Nachm., von Stolp 4½ Nachm., in
Danzig 6½ Abds.

Schnellzug No. 25: von Angermünde
4½ Nachm., in Berlin 6½ Abds.

Schnellzug No. 47: von Stettin 3½
Nachm., in Posenwall 4½ Nachm.

Schnellzug No. 48: von Posenwall 3½
Nachm., in Stettin 4½ Nachm.

Personenzug No. 3: von Belgard 7½ fr.
in Stargardt 10½ Bom., von Star-
gardt 10½ Bom., von Stettin 11½
Bom., in Berlin 3½ Nachm.

Personenzug No. 17: von Danzig 11½
Bom., in Stolp 2½ Nachm., von Sto'p
3½ Nachm., in Belgard 5½ Nachm., von
Belgard 5½ Nachm., in Stargardt
8½ Abds.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen 10
Nachm.

Personenzug No. 14: von Stargardt 7½
fr., von Stolp 12½ Nachm., in Danzig
4½ Nachm.

Personenzug No. 22: von Stolp 5½ fr.
in Danzig 9½ Bom.

Von Cölnberg werden die Züge abgehen
um 6 fr., 11½ Bom., 4½ Nachm. und
7½ Abends.

Personenzug No. 21: von Danzig 6½ Abds.,
in Stolp 9½ Abds.

Personenzug No. 31: von Wriezen